

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,  
sehr geehrte Stadtverordnete,  
sehr geehrte Damen und Herren,

zu Beginn meiner Rede steht wie üblich ein Dank. Ich bedanke mich bei Stadtverordnetenvorsteher Lothar Köhler, der ohne, dass ich es angesprochen hatte, im Ältestenrat Einvernehmen über die Vorstellung des Haushaltes mit einer Präsentation hergestellt hat. Auch bei den Fraktionen bedanke ich mich dafür und freue mich, dass dieses Format offenbar gut ankommt.

Natürlich möchte ich mich auch bei dem ganzen Team, das den Haushalt aufgestellt und mich bei der Vorbereitung von Rede und Präsentation unterstützt hat, bedanken. Stellvertretend möchte ich hier Frau Schimanski-Sippel, Herrn Langer und Herrn Göllner nennen, aber gemeint sind auch viele andere im ganzen Haus und im BSO, die „mal eben schnell“ eine Information zur Verfügung gestellt haben.

Ich stelle Ihnen heute den Haushaltsentwurf 2026 vor.

Bevor ich wie üblich mit einem Überblick über die Eckdaten des Haushalts starte, möchte ich vorab ein paar einordnende Sätze zur besonderen Situation in diesem Jahr verlieren.

Eine angespannte finanzielle Lage ist für uns in Oberursel nichts Neues. Das soll aber nicht heißen, dass wir diese Situation nicht verändern wollen und hart daran arbeiten.

Wir werden, dies ist unsere Vereinbarung, neben den schon ergriffenen Maßnahmen ein Haushaltssicherungskonzept entwickeln – um Oberursel für die Zukunft finanziell nachhaltig aufzustellen.

Ich spreche hier bewusst vom „Wir“, weil dies die gemeinsame Entscheidung von Bürgermeisterin Antje Runge, Stadtrat Andreas Bernhardt und mir ist. Wir stehen geschlossen hinter diesem Vorgehen, das aus unserer Sicht zwingend notwendig ist.

Mir ist sehr wohl bewusst, dass manche Entscheidungen nicht jedem gefallen werden, aber in der jetzigen Phase sind wir alle gefordert, teils auch härtere Einschnitte und schwierige Kompromisse einzugehen. Damit kein Zweifel aufkommt: Das Wohl unserer Stadt und unserer Bürgerinnen und Bürger steht bei jeder unserer Entscheidungen an erster Stelle.

Vor wenigen Wochen hat der Hessische Städtetag eine Blitzumfrage zur Haushaltsplanung 2026 und den darauffolgenden Jahren bis 2029 durchgeführt.

Das Ergebnis zeigt ein deutliches Bild:

Knapp 68 Prozent der Städte, die geantwortet haben, gaben an, dass ihnen nach derzeitigem Planungsstand im Jahr 2026 kein Haushaltsausgleich gelingen wird. Gefragt nach der Finanzplanung 2027 gaben sogar fast 80 Prozent der Städte an, keinen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können. In den Jahren 2028 und 2029 sprechen wir von mehr als 85 Prozent der Kommunen, die an dieser Blitzumfrage teilgenommen haben.

Das ist ein verheerendes Ergebnis! Eine sehr schwierige und herausfordernde Situation mit der auch wir umgehen müssen.

Oft wird gesagt, ‚Jammern‘ gehöre zum Geschäft eines Kämmerers. Das mag für manche zutreffen, passt aber nicht zu meiner weiterhin optimistischen Grundhaltung.

Meine Damen und Herren,

wir können für Oberursel für die Jahre 2026, 2027 und 2028 unseren Haushalt mit Rücklagen ausgleichen. Schon das war und wird eine enorme Hausforderung. Für das Jahr 2029 sieht es anders aus – hier können wir Stand heute den Haushalt nicht mit Rücklagen ausgleichen, denn diese werden aufgebraucht sein. Genau deshalb arbeiten wir parallel an einem neuen freiwilligen Haushaltssicherungskonzept.

Wir leben in Zeiten, in denen wir nicht mehr alles finanzieren können – selbst dann nicht, wenn wir es für richtig und wünschenswert halten.

Verantwortung tragen heißt auch Prioritäten setzen. Wenn wir – wie eben beschrieben – den Blick auf andere Kommunen werfen, sehen wir alle: An allen Ecken und Enden wird mit Einsparungen und finanziellem Druck gekämpft. 2024 wurde ein Rekorddefizit von 24,6 Milliarden Euro in deutschen Kommunen aufgestellt. In vielen Kommunen sind bereits heute die Haushaltsrücklagen aufgebraucht.

Bürgermeisterin Runge, Stadtrat Bernhard und ich haben vorab intensiv über die Frage beraten, ob wir die Haushaltseinbringung verschieben sollten, um mehr Zeit zu gewinnen und zusätzliche Konsolidierungsvorschläge vorlegen zu können.



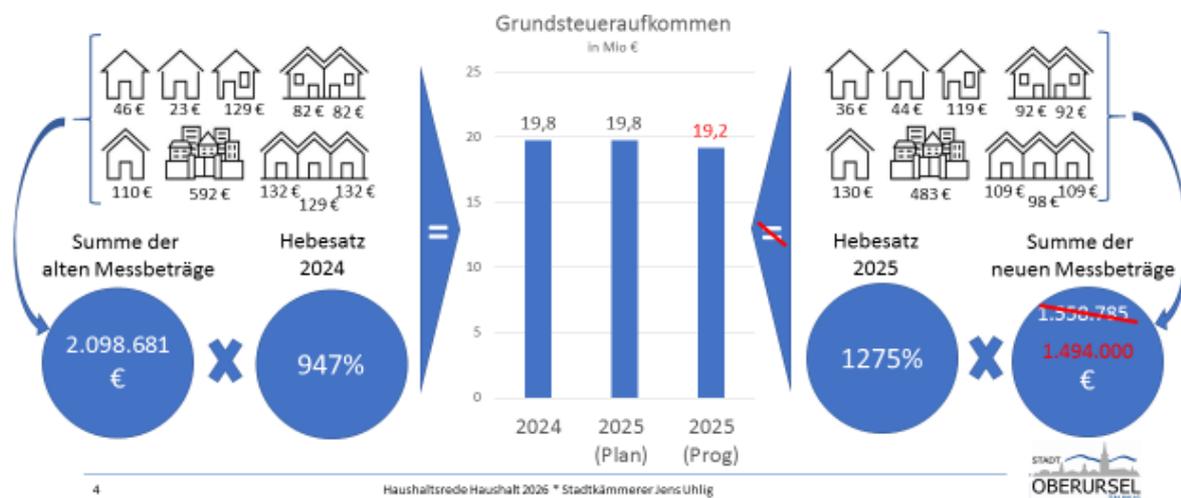
Die Hebesätze und für die Grundsteuer und die Gewerbesteuer bleiben in 2026 unverändert

Bezeichnung Hebesatz	2026	2025	2024	2023	2022	2021
Hebesatz Grundsteuer A	499	499	450	450	450	450
Hebesatz Grundsteuer B	1.275	1.275	947	947	750	750
Hebesatz Gewerbesteuer	410	410	410	410	410	410

Nach diesem ersten Schockmoment gleich am Anfang meiner Rede nun erst mal eine gute Nachricht für alle Bürgerinnen und Bürger:

Die Hebesätze für die Grundsteuer A und B sowie für die Gewerbesteuer bleiben unverändert. Auch in der mittelfristigen Finanzplanung ist keine Anhebung vorgesehen. Auf das Thema Grundsteuer möchte ich aber noch kurz zu sprechen kommen.

Die durch das Finanzamt korrigierten Messbeträge führen zu einem gesunkenen Grundsteuerertrag gegenüber dem Vorjahr



Diese Grafik kennen Sie bereits aus meiner Haushaltsrede im vergangenen Jahr.

Wir haben damals im Rahmen der Grundsteuerreform den Grundsteuer Hebesatz auf den durch das Land errechneten aufkommensneutralen Hebesatz festgesetzt. Soll heißen: Wir haben den Hebesteuersatz so festgesetzt, dass wir davon ausgehen konnten, die gleichen Einnahmen zu erhalten wie nach der alten Berechnungslogik. Das Land hatte prognostiziert, dass alle Messbeträge in Oberursel in Summe 1,558 Millionen Euro betragen würden. Dies hätte multipliziert mit dem festgesetzten Hebesatz von 1275 Prozent in 2025 zum gleichen Grundsteueraufkommen wie 2024 geführt. Daher haben wir für 2025 wie in 2024 mit 19,8 Millionen Euro Grundsteueraufkommen geplant.

Zu diesem Zeitpunkt lagen uns nicht alle Messbeträge vor. Insofern hatten wir als Stadt auch keine Möglichkeit, die Berechnung des Landes zu überprüfen. Im laufenden Jahr hat sich herausgestellt, dass viele Messbeträge nach unten korrigiert wurden, wodurch das tatsächliche Grundsteueraufkommen in 2025 etwa 600.000 Euro unter Plan liegt.

Damit die Stadt genau so viel Geld einnimmt wie vorher, hätte der aufkommensneutrale Hebesatz in 2025 tatsächlich bei 1315 Punkten liegen müssen. Aber ich hatte es bereits gesagt:

### **Der Grundsteuer Hebesatz bleibt wie er ist.**

## Der Finanzhaushalt weist Investitionen in Höhe 9,6 Mio € auf

im Finanzhaushalt

mit dem Saldo aus den Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	<b>-15.464.750 EUR</b>
--	------------------------

und dem Gesamtbetrag der

Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	<b>1.389.600 EUR</b>
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	<b>9.569.450 EUR</b>
mit einem Saldo von	<b>-8.179.850 EUR</b>

Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf *	<b>11.974.950 EUR</b>
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf *	<b>7.163.200 EUR</b>
mit einem Saldo von	<b>4.811.750 EUR</b>

mit einem Zahlungsmittelbedarf des Haushaltsjahres von	<b>-18.832.850 EUR</b>
--	------------------------

Kommen wir nun zum Finanzhaushalt: Dieser weist Investitionen in Höhe von 9,6 Millionen Euro auf.

Für 2026 ist eine Kreditaufnahme von 8,2 Mio € und Verpflichtungsermächtigungen für Folgejahre in Höhe von 4,2 Mio € geplant

#### § 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2026 zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird auf **8.179.850 EUR** festgesetzt.

#### § 3

Der Gesamtbetrag von Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2026 zur Leistung von Auszahlungen in künftigen Jahren für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf **4.231.500 EUR** festgesetzt.

#### § 4

Neue Liquiditätskredite werden nicht beansprucht.

Der bestehende Liquiditätskredit in Höhe von 3.141.550 EUR ist der analogen Anwendung des Landesprogrammes "Hessenkasse" geschuldet, der mit einem jährlichen Betrag von 1.143.075 EUR getilgt wird.

6

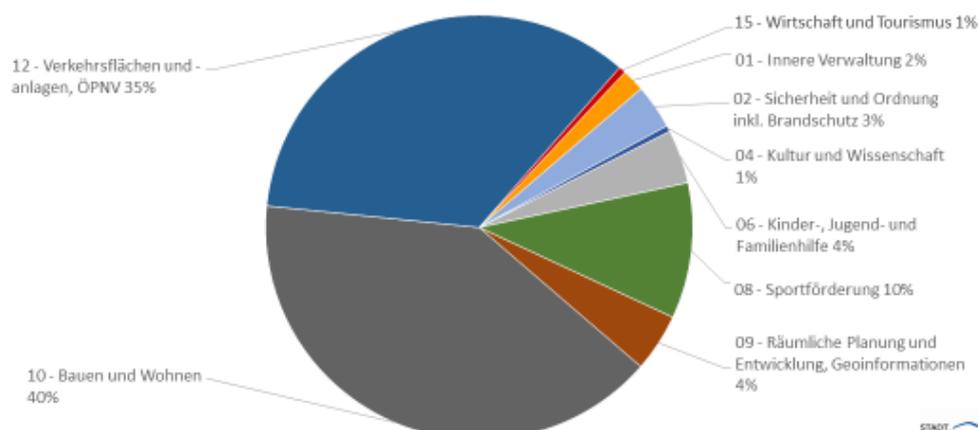
Haushaltsrede Haushalt 2026 \* Stadtkämmerer Jens Uhlig



Über Darlehen werden 8,2 Millionen Euro dieser Investitionen finanziert.

Die Schwerpunkte der Investitionen liegen für 2026 in den Bereichen Verkehr, Bauen & Wohnen sowie in der Sportförderung

Investitions-Auszahlungen nach Produktbereichen



7

Haushaltsrede Haushalt 2026 \* Stadtkämmerer Jens Uhlig



Werfen wir nun einen Blick darauf, in welchen Bereichen diese Investitionen getätigt werden. Die Schwerpunkte liegen wie in den vergangenen Jahren in den gesellschaftlich sehr relevanten und kritischen Bereichen Verkehrsflächen und ÖPNV, sowie Bauen und Wohnen mit 35 beziehungsweise 40 Prozent.

Allerdings muss an dieser Stelle ergänzt werden, dass ein Großteil der Investitionen im Bereich, Bauen und Wohnen Grundstücksankäufe sind, von denen wiederum die meisten nach der Entwicklung eines Baugebietes wieder veräußert werden und somit Geld zurück in die Stadtkasse fließt.

In dem für unsere Stadt so wichtigen Bereich der Sportförderung liegen die Schwerpunkte in 2026 auf folgenden drei Projekten:

1. dem Kunstrasenplatz für den 1. FC 04 mit 750.000 Euro sowie
2. der Flutlichtanlage für den Fußballplatz in Weißkirchen mit 100.000 Euro
3. und der geplante Basketballplatz am S-Bahnhof Stierstadt mit etwa 320.000 Euro

Zu Letzterem möchte ich als Kämmerer sagen, dass wir dort eine attraktive und langlebige Freizeitfläche schaffen wollen. Mit Blick auf unsere Haushaltssituation sollten wir bei der Ausführung aber auch darauf achten, günstigere Alternativen zu prüfen, ohne die beiden genannten Zielsetzungen zu gefährden. Denn auch für die Jugendlichen, die auf diesem Platz spielen werden, ist eine nachhaltige Entwicklung unserer Finanzen wichtig.

Wenn wir über städtische Investitionen sprechen, müssen wir natürlich auch unseren Eigenbetrieb Bau- und Service Oberursel (BSO) in den Blick nehmen.

### Der Fehlbetrag im Bestattungswesen resultiert u.a. aus nicht kostendeckenden Gebühren und Rechnungsabgrenzung

I. Der Wirtschaftsplan 2026 wird festgesetzt:

im Erfolgsplan	Ertrag (EUR)	Aufwand (EUR)
auf	37.735.389	37.983.177
<i>davon für</i>		
Verwaltung (Kantine)	88.000	86.230
Stadtentwässerung	11.439.093	11.189.256
Abfallwirtschaft	6.599.316	6.599.316
<b>Bestattungswesen</b>	<b>1.104.380</b>	<b>1.405.850</b>
Immobilienmanagement	8.371.700	8.371.226
Tiefbau	5.518.200	5.450.585
Bauhof	4.257.200	4.367.524
Forst	357.500	513.390

Schauen wir hier aber zunächst auf den Erfolgsplan, der mit dem Ergebnishaushalt der Stadt vergleichbar ist. Dieser weist einen kleinen Fehlbetrag in Höhe von ca. 250.000 Euro aus. Der Fehlbetrag resultiert wie in den letzten Jahren aus der Sparte Bestattungswesen.

Das liegt zum einen daran, dass für einige Leistung wie zum Beispiel die Trauerhallennutzung keine kostendeckenden Gebühren berechnet werden. Zum anderen liegt es daran, dass für Grabnutzungsgebühren eine Rechnungsabgrenzung gebildet werden muss, die über die Nutzungszeit – also mehrere Jahrzehnte – aufgelöst wird.

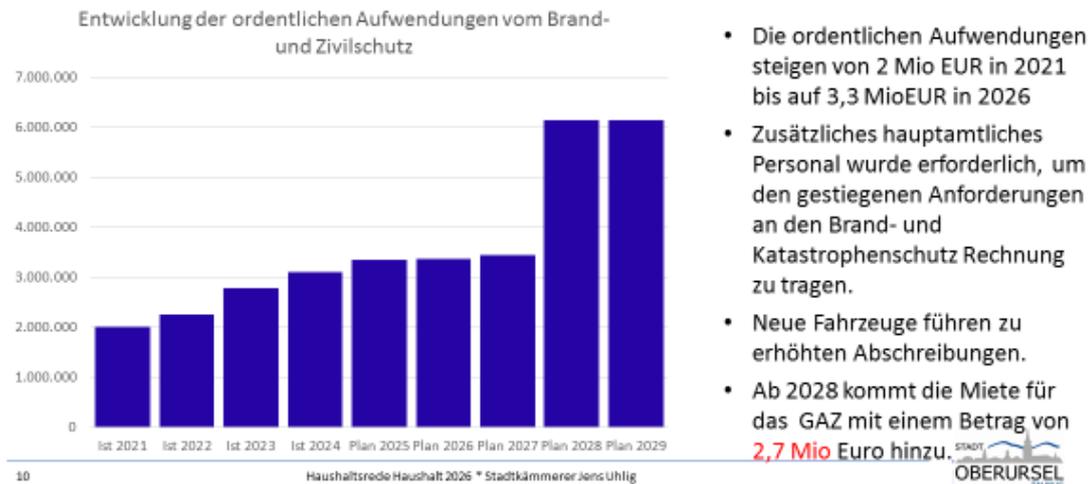
Durch die Großprojekte Kläranlage und Gefahrenabwehrzentrum stehen in den kommenden Jahren hohe Investitionen an

im Vermögensplan	Einnahmen (EUR)	Ausgaben (EUR)
auf	<b>30.821.911</b>	<b>30.821.911</b>
II. Die Stellenübersicht wird in der vorgelegten Form genehmigt.		
III. Die <b>Kreditaufnahme</b> , die zur Finanzierung von Investitionen im Vermögensplan erforderlich ist, wird auf <b>23.373.441 EUR</b> festgesetzt.		
Liquiditätskredite werden nicht beansprucht.		
V. Die <b>Verpflichtungsermächtigungen</b> , die zur Finanzierung von Investitionen im Vermögensplan für die Jahre 2027 - 2029 erforderlich sind, werden auf <b>20.950.000 EUR</b> festgesetzt.		

Besonders spannend ist beim BSO die Vermögensplanung, in der analog zum Investitionshaushalt der Stadt Investitionen und deren Finanzierung abgebildet werden. In 2026 sind Kreditaufnahmen in Höhe von 23,4 Millionen Euro vorgesehen. Im Schwerpunkt dienen diese der Finanzierung des Gefahrenabwehrzentrums (GAZ), sowie der Fortführung des Investitionsprogrammes für die Kläranlage.

Während die Kläranlage über die Abwassergebühren der Oberurseler Bürger finanziert wird, zahlt die Stadt für das Gefahrenabwehrzentrum Miete an den BSO. Somit führt dieses Großprojekt natürlich zu einer erheblichen Belastung in unseren künftigen Haushalten.

## Die Aufwendungen für die Feuerwehr werden in den nächsten Jahren bedingt durch den Neubau des GAZ stark steigen



Die folgende Grafik, in der die Kostenentwicklung im Bereich Brand und Zivilschutz dargestellt ist, zeigt dies deutlich. Hier sehen wir neben einem kontinuierlichen Anstieg, der durch zusätzliches hauptamtliches Personal und steigende Abschreibungen aufgrund der Beschaffung von neuen immer teurer werdenden Feuerwehrfahrzeugen geprägt ist, einen gewaltigen Sprung in 2028, wenn das Gefahrenabwehrzentrum in Betrieb geht.

Doch dieses GAZ ist für die Sicherheit aller Bürgerinnen und Bürger in Oberursel und der gesamten Region wichtig.

Es wird, davon bin ich überzeugt, ein unverzichtbares Element in Sachen Krisenbekämpfung sein.

Dies ist aber nur einer von vielen Bereichen, in denen die Kosten sich massiv erhöht haben.

## Die Aufwendungen für die Kinderbetreuung sind in den letzten Jahren massiv gestiegen



Ein zweiter Bereich, den ich bereits in meinen letzten Haushaltsreden immer wieder erwähnt habe, ist die Kinderbetreuung. Hier hat sich der Fehlbetrag im ordentlichen Ergebnis, also das aus Steuern finanzierte Defizit nach Abzug der Elternbeiträge und der Landesmittel von 2021 bis 2026, um sage und schreibe 59 Prozent erhöht.

Neben dem Ausbau der Betreuungsplätze, der 2021 schon weitgehend abgeschlossen war, kann man hier den Rechtsanspruch auf Betreuung der unter Dreijährigen und die Freistellung der ersten sechs Stunden im Kindergarten nennen. Diese Freistellung hat, trotz der dafür zur Verfügung gestellten Landesmittel, zum Defizit in dem Bereich beigetragen, da die Landesmittel nicht kostendeckend sind. Der größte Faktor, der zur Defiziterhöhung in der Kinderbetreuung beigetragen hat, sind die Personalkostensteigerungen. Die Personalkosten für eine Vollzeitstelle in der Kindererziehung haben sich in diesem Zeitraum um 10.000 Euro pro Jahr erhöht.

Aufgrund von sinkenden Kinderzahlen gehen auch die Landesgelder in 2026 im Vergleich zum Vorjahr zurück und zwar um 10 Prozent. Ein weiteres Element, das die Kosten deutlich nach oben getrieben hat, sind die stark steigenden Kosten für die Betreuungszentren des Kreises an den Grundschulen. Die städtischen Zuschüsse für die Zentren sind in den letzten fünf Jahren um 80 Prozent gestiegen.

Trotz fast gleicher Stellenzahl sind die Personalkosten von 2021 bis 2026 um knapp 35 Prozent gestiegen



Wesentliche Gründe für die steigenden Kosten sind:

- Höhere Lohnsteigerung aufgrund der Tarifabschlüsse
- Steigerung der Beamtenbesoldung
- Veränderung der Eingruppierung aufgrund von steigender Komplexität der Aufgaben

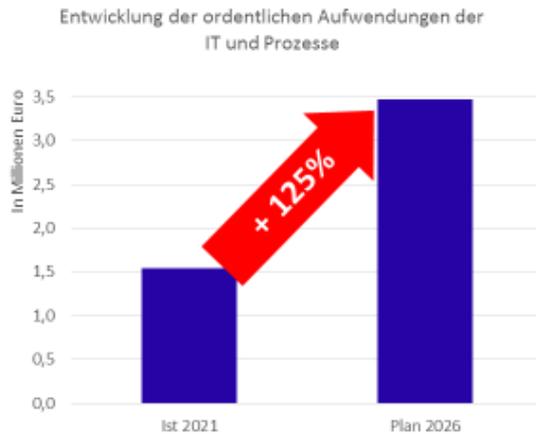
Der Trend stark steigender Personalkosten zeigt sich auch im städtischen Haushalt insgesamt.

Die Personalkosten – nach den Umlageverpflichtungen und den Zuweisungen und Zuschüssen immerhin der drittgrößte Aufwandsblock in unserem Haushalt – stiegen von 2021 bis 2026 um 35 Prozent an.

Das ist besonders bemerkenswert, weil die Anzahl der Stellen sich fast gar nicht verändert hat. 2021 umfasste der Stellenplan 354 Stellen. Der Stellenplan 2026 sieht 356 Stellen vor.

In den letzten Jahren sind die ausgewiesenen Stellen sogar kontinuierlich gesunken von 361 Stellen in 2023 auf 356 in 2026.

In den letzten 5 Jahren haben sich die Aufwendungen für IT mehr als verdoppelt



Erneuerung der IT-Infrastruktur ist dringender erforderlich für

1. IT-Sicherheit
2. Datenschutz
3. Informationssicherheit
4. Digitalisierung der Verwaltungsprozesse

Durch neue gesetzliche Anforderungen sind die Kommunen verpflichtet, Verwaltungsprozesse digital anzubieten.

Auch für die IT-Infrastruktur sind die Kosten in den letzten Jahren rasant gewachsen. Die Kosten für diesen Bereich sind in den letzten fünf Jahren von 1,5 Millionen Euro auf knapp 3,5 Millionen Euro und somit um 125 Prozent angestiegen.

Wenn Sie die Presse verfolgen und über Cyberangriffe auf Kommunen lesen, oder über abgegriffene Daten bei Unternehmen, dann sind Sie vermutlich nicht überrascht über diese zusätzlichen Ausgaben.

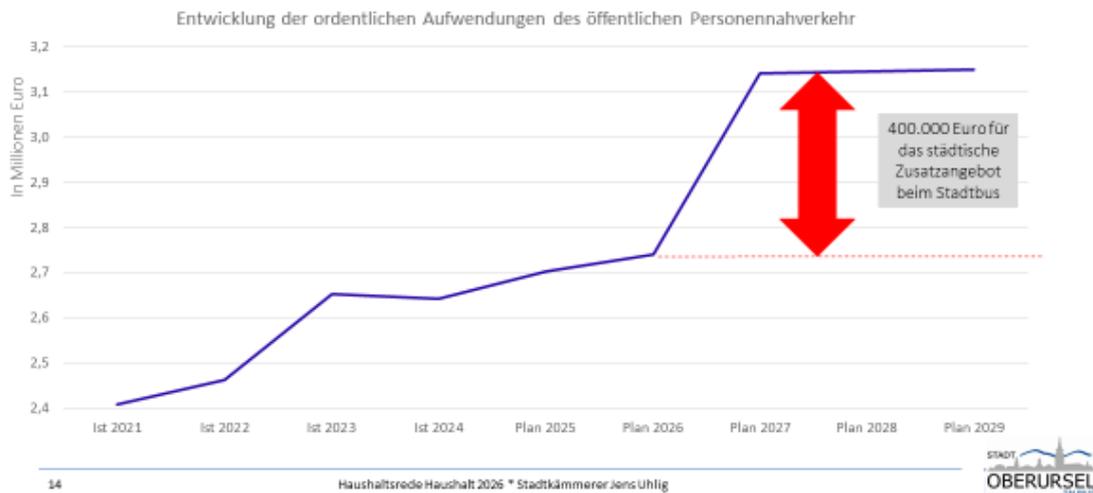
IT-Sicherheit, Datenschutz und Informationssicherheit erfordern deutlich mehr Geld, als das noch vor einigen Jahren erforderlich war. Und doch dürfen und können wir, allein schon zur Vorbeugung, in diesem Bereich nicht sparen.

Sollte doch irgendwann mal etwas passieren, und wir haben nicht genügend in Sicherheitssysteme investiert, wird der Aufschrei – und das vollkommen zu Recht – noch größer sein, weil dann jede einzelne Bürgerin und jeder einzelne Bürger mit seinen Daten betroffen sein könnte.

Noch wichtiger erscheint mir allerdings:

Wenn wir künftig effizienter arbeiten wollen und unsere Aufgaben mit weniger Mitarbeitern erledigen wollen, dann wird das nur gelingen, wenn wir in digitalisierte Prozesse investieren.

Obwohl Oberursel als kreisangehörige Stadt nicht für den ÖPNV zuständig ist, muss Oberursel steigende Kosten für den ÖPNV stemmen



Ein weiterer, sehr Oberursel spezifischer Bereich, bei dem wir mit wachsenden Kosten zu tun haben, ist der öffentliche Personennahverkehr.

Ich habe in mehreren Haushaltsreden schon darüber gesprochen, wie außergewöhnlich es ist, dass eine kreisangehörige Kommune für ihre U-Bahn-Linie 1,6 Millionen Euro im Jahr zahlt. Ganz klar sind wir hier der Auffassung, dass diese Kosten nicht von uns als Kommune, sondern von Land und Kreis getragen werden sollten, da die Zuständigkeit für den öffentlichen Personen Nahverkehr nicht bei der einzelnen Kommunen liegt.

Dennoch sehen Sie auf der Grafik einen deutlichen Anstieg der Kosten im Jahr 2027. Ab diesem Jahr übernimmt die VGF den Betrieb des Oberurseler Stadtbusses.

Damit das Angebot dann nicht noch deutlicher eingeschränkt wird, muss Oberursel einen zusätzlichen Zuschuss in Höhe von 400.000 Euro an die VGF leisten. Wir haben dieses Thema sehr ausführlich öffentlich präsentiert und diskutiert.

Unsere Zuschüsse für den ÖPNV sind eine Investition in den Klimaschutz. Insofern wäre ein noch höherer Zuschuss natürlich wünschenswert, um den ÖPNV noch attraktiver zu machen, aber wir müssen uns klarmachen, dass der Versuch mit unseren begrenzten Mitteln Defizite in der Aufgaben-Erbringung von Kreis, Land und Bund zu kompensieren, scheitern wird.

## Die Aufwendungen für die Klimaanpassung und den Klimaschutz werden im Haushalt 2026 deutlich erhöht

Klimaschutz	
Fußverkehrskonzept	35.000 €
Klimabeirat Projektumstellung aus der AG	5.000 €
Ökoprotit Klima und Energie	7.500 €
Umsetzung Klimaschutzkonzept	70.000 €
	117.500 €
Klimaanpassung	
Renaturierung (Wiederherstellung) Eschbach	300.000 €
100 Wilde Bäche	100.000 €
Starkregen / Hochwasserschutz Basis	25.000 €
Planungskosten Hainmüller Hochwasserschutzmaßnahmen	20.000 €
Fortführung Hochwasserschutzmaßnahmen	100.000 €
Wasserkonzept (Fortführung)	30.000 €
Umsetzung Klimaanpassungskonzept	135.000 €
Natürlicher Klimaschutz (Förderprogramm z.B. Entsiegelung)	590.000 €
	1.300.000 €

Die Klimaanpassung und der Klimaschutz ist ein Bereich der im Aufgabenkanon der Kommunen noch relativ neu ist. Zugewiesen wurde uns diese Aufgabe durch das Hessische Klimaschutzgesetz von 2023, in dem es in § 8 heißt: „Die Gemeinden und Landkreise tragen als Teil der Daseinsvorsorge eine besondere Verantwortung für die Erreichung der Klimaschutzziele und die Anpassung an die nicht zu vermeidenden Folgen des Klimawandels.“

Schön wäre es, wenn das Land mit dem Gesetz auch gleich zusätzliche Mittel für diese Aufgabe zur Verfügung gestellt hätte. Leider passiert das, wenn überhaupt über Förderprogramme, die dann die Kommunen in ihrem Handlungsspielraum stark einengen. Natürlich ist es gut, wenn das Land uns Geld für den Klimaschutz bereitstellt. Wir sollten aber vor Ort frei entscheiden können, ob wir damit zusätzlichen ÖPNV, Starkregenvorsorge oder Stadtbäume finanzieren.

Sie sehen in dieser Liste, welche Klimaanpassungsmaßnahmen und Klimaschutzmaßnahmen in 2026 geplant sind. Natürlich tun wir viel mehr für Klimaschutz und Klimaanpassung, als in der Liste zu sehen ist. Jede energetische Sanierung eines Gebäudes ist eine Klimaschutzmaßnahme, wie auch der Generalentwässerungsplan im Wirtschaftsplan des BSO eine Klimaanpassungsmaßnahme ist, um nur zwei Beispiele zu nennen.

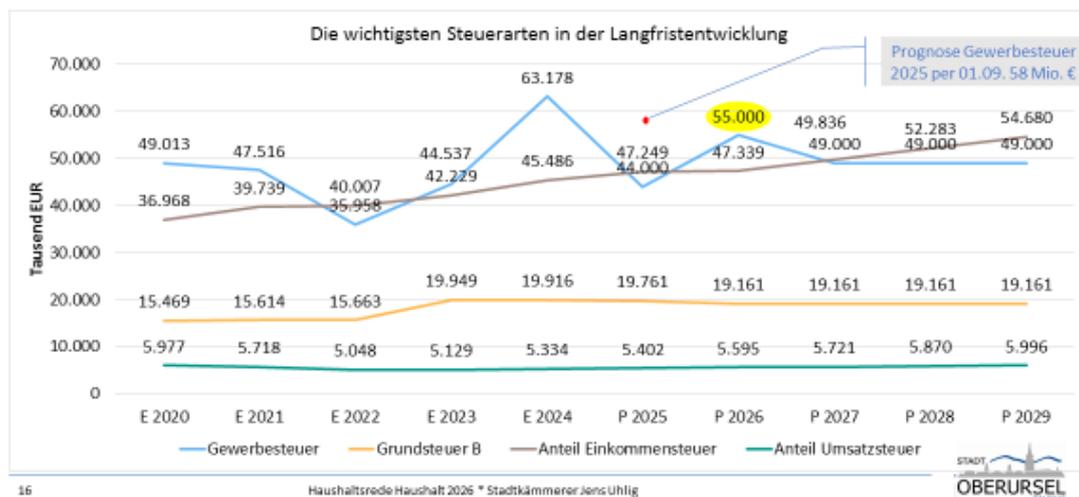
Nennen könnte man hier auch PV-Anlagen, die die Stadtwerke in Zusammenarbeit mit dem BSO auf städtische Dächer gebracht haben.

Neben 3 Kita Gebäuden ist dies schon bei der Feuerwehr Bommersheim, der Taunushalle, der Burgwiesenhalle und dem BSO Neubau der Fall. Für eine Anlage wird eine Erweiterung geprüft. Bei zwei Trauerhallen sind die Abstimmungen erfolgt, sodass die Stadtwerke die Anlagen errichten können.

Ich könnte die Aufzählung von Kostensteigerungen fortsetzen, zum Beispiel mit dem Thema Unterbringung von Personen, die von Obdachlosigkeit bedroht sind. Bei dieser Aufgabe sind alle Kommunen, viel stärker als früher gefordert, da viele anerkannte Flüchtlinge und Asylbewerber durch die Kommunen untergebracht werden müssen, was zu erheblichen Kosten führt. Gleiches gilt für das Thema Veranstaltungssicherheit.

Stattdessen will ich darüber reden, was in diesem Jahr anders ist als in den vergangenen Jahren.

Für 2026 rechnen wir mit 55 Mio. € Gewerbesteueraufkommen  
Nur in 2024 wurden höhere Werte erreicht



Wenn wir einen Blick auf die geplanten Steuereinnahmen werfen, sieht die Lage zunächst einmal sehr gut aus.

Wir planen für 2026 mit Gewerbesteuereinnahmen in Höhe von 55 Millionen Euro. Das ist der höchste Planwert, den wir bislang in einem Haushalt verzeichnet haben. Im Jahr 2024 hatten wir in der Endabrechnung 63,2 Millionen Euro Gewerbesteuer eingenommen.

Und auch für das Jahr 2025 rechnen wir mit Gewerbesteuereinnahmen, die deutlich über den einstmals eingeplanten 44 Millionen Euro liegen. Wir werden vermutlich dieses Jahr etwa 58 Millionen Euro Gewerbesteuer einnehmen. Dies führt auch dazu, dass wir in 2025 nicht wie geplant mit einem Defizit von 3,5 Millionen Euro, sondern mit einem Überschuss von voraussichtlich 6 Millionen Euro das Haushaltsjahr abschließen werden.

Dies zeigt, dass Oberursel weiterhin für Gewerbetreibende attraktiv ist und dies wollen wir auch in den kommenden Jahren gewährleisten. So weit, so positiv!

### Exkurs KFA: Eine wesentliche Finanzierungsquelle der hessischen Kommunen ist der kommunale Finanzausgleich

Das Finanzministerium ermittelt zunächst einen **Bedarf je Einwohner**, dieser wird je nach Größe der Stadt gewichtet (Mittelzentren wie Oberursel 130%, Sonderstatusstädte 158%) und mit der Anzahl der Bürger multipliziert.



Dann wird die **Steuerkraft** der Kommune für das nächste Jahr ermittelt. Diese wird berechnet anhand der **Steuereinnahmen im 2. Halbjahr Vorjahres und des 1. Halbjahres des aktuellen Jahres**, die die Stadt erzielt hätte, wenn sie bei Grundsteuer und Gewerbesteuer den jeweiligen **Nivellierungshebesatz** festgesetzt hätte.



Um zu erklären, welche Nebeneffekte die hohen Steuereinnahmen in den Jahren 2024 und 2025 haben, mache ich einen kurzen Exkurs zum Thema kommunaler Finanzausgleich. Der kommunale Finanzausgleich ist eine wichtige Finanzierungsquelle der hessischen Kommunen.

Etwas vereinfacht dargestellt funktioniert der KFA wie folgt:

Das Finanzministerium berechnet einen Bedarf je Einwohner. Dieser Bedarf ist sozusagen der Betrag, den die Kommunen pro Bürger nach der Berechnung des Landes benötigen, um ihre Dienstleistungen für ihre Bevölkerung zu erbringen.

Je nach Größe der Städte wird hier noch ein zusätzlicher Faktor auf diesen Bedarf angewendet. Im Fall von Oberursel wird der Bedarf mit 130 Prozent multipliziert.

Im nächsten Schritt wird die Steuerkraft der Kommune ermittelt. Die Steuerkraft für das Jahr 2026 wird anhand der Steuereinnahmen im zweiten Halbjahr 2024 und im ersten Halbjahr 2025 ermittelt.

Sofern die Steuerkraft höher ist als der Bedarf, zahlt die Kommune eine Solidaritätsumlage in den kommunalen Finanzausgleich. Ist die Steuerkraft niedriger als der Bedarf, erhält die Kommune eine Schlüsselzuweisung aus dem KFA.

Die Anzahl der Kommunen, die in den kommunalen Finanzausgleich eine Solidaritätsumlage zahlen ist gering. Im Jahr 2023 haben von den 421 Kommunen in Hessen, lediglich 28 Kommunen eine Solidaritätsumlage gezahlt.

Als ich vor wenigen Minuten über den ÖPNV gesprochen habe, erwähnte ich, dass dies nicht unsere Aufgabe als kreisangehörige Kommune ist und wir dennoch viel Geld dafür ausgeben.

Das ist deshalb ein Problem, weil das Land, wenn es unseren Finanzbedarf berechnet, den ÖPNV nicht berücksichtigt, da er nicht in unsere Zuständigkeit fällt. Gleiches gilt für die Frühen Hilfen, die Bauaufsicht oder den Gutachterausschuss.

Diese Aufgaben müssen wir aus der Steuerkraft zahlen, die über den Bedarf hinausgeht und die uns nach möglichen Solidaritätszahlungen in den KFA noch bleibt.

Aus genau diesem Grund habe ich in meinen früheren Haushaltsreden immer wieder thematisiert, dass wir uns auf die uns vom Gesetz zugewiesenen Aufgaben konzentrieren müssen.

## Das sehr hohe geplante Gewerbesteueraufkommen in 2024 und 2025 führt zu einer sehr hohen berechneten Steuerkraft

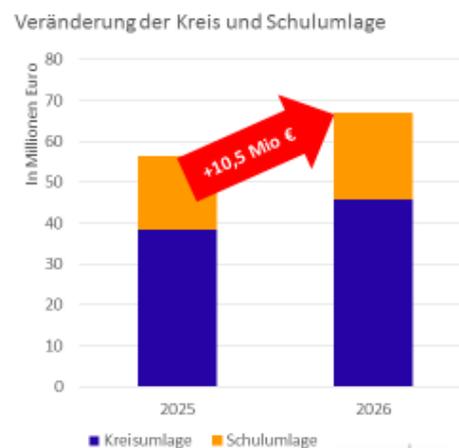


Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie ahnen vielleicht schon, worauf ich hinaus will, wenn ich auf die Folie mit den Gewerbesteuereinnahmen in den letzten Jahren zurückkomme.

Die Rekordsteuereinnahmen von 63,2 Millionen Euro Gewerbesteuer in 2024 und circa 58 Millionen Euro in 2025 führen dazu, dass die Steuerkraft von Oberursel für 2026 höher ist als der Bedarf, den das Finanzministerium ermittelt hat.

## Hohe Steuereinnahmen aus den Vorjahren und Änderungen am KFA führen zu massiven Belastungen im städtischen Haushalt



Daher fällt im nächsten Jahr die Schlüsselzuweisung von 10,9 Millionen Euro auf null und zusätzlich müssen wir eine Solidaritätsumlage von 500.000 Euro zahlen.

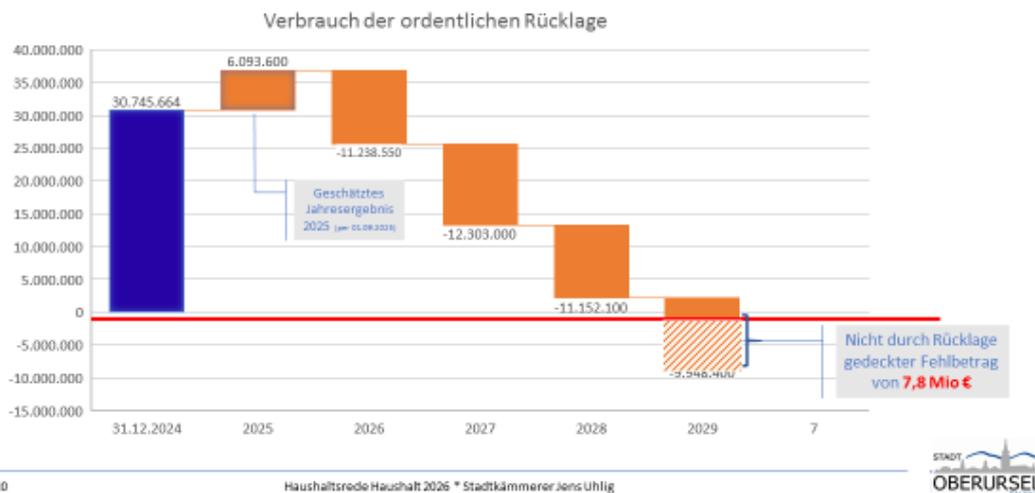
Und als wenn das noch nicht schlimm genug wäre, ist es leider so, dass auch für Kreis- und Schulumlage die Steuereinnahmen aus dem zweiten Halbjahr 2024 und dem ersten Halbjahr 2025 die Berechnungsgrundlage bilden.

Somit steigen auch diese Umlagen massiv an.

Das hat auch damit zu tun, dass der Kreis in 2026 diese um einen weiteren Punkt anhebt. Diese Anhebung war in unserer mittelfristigen Planung allerdings schon eingepreist, da sie bereits in 2024 angekündigt wurde.

Allein durch die Auswirkungen der Schlüsselzuweisung, der Solidaritätsumlage und der Kreis- und Schulumlage fehlen uns im Vergleich zu 2025 also fast 22 Millionen Euro in 2026. Gut, dass wir Rückstellungen gebildet haben und nun die Auflösung der Rückstellungen das Ergebnis etwas entlasten.

Die Rücklage steigt durch das prognostizierte Jahresergebnis 2025 erneut deutlich. Dies ermöglicht den Ausgleich der Jahresfehlbeträge bis 2028



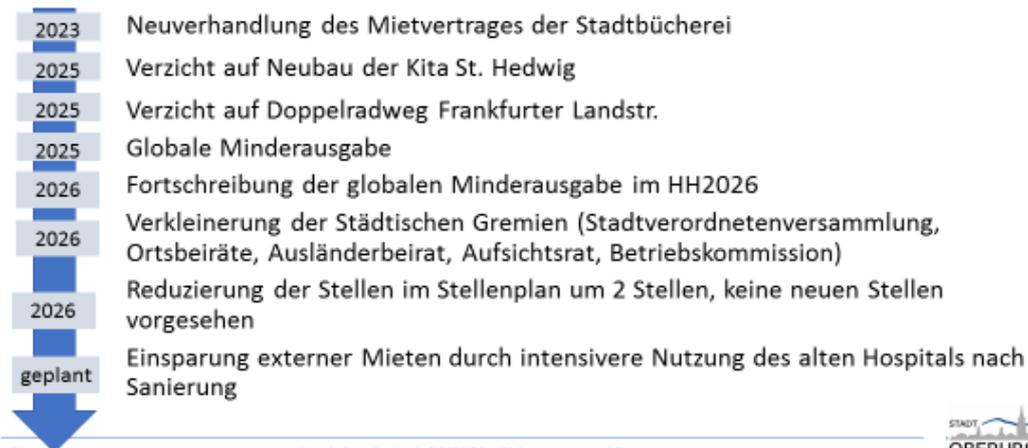
Wenn wir jetzt auf unsere Rücklage schauen, dann sehen wir zunächst mal das positive Ergebnis der hohen Steuereinnahmen in diesem Jahr – nämlich einen erneuten Überschuss in Höhe von etwa 6 Millionen Euro, der unsere Rücklage weiter auffüllt. Ab 2026 sehen wir allerdings erschreckend hohe Abflüsse aus der Rücklage durch hohe Jahresfehlbeträge in den Jahren 2026 bis 2029. Und wir sehen auch, dass die Rücklage 2029 nicht reicht, um den Fehlbetrag abzudecken.

Da ein Haushalt gemäß § 92 HGO nur dann genehmigungsfähig ist, wenn er in jedem Jahr ausgeglichen ist oder Jahresfehlbeträge durch die Inanspruchnahmen von Mitteln aus den Rücklagen ausgeglichen werden können, ist der Haushalt so grundsätzlich formal nicht genehmigungsfähig.

Ich weiß, dass es hier im Raum, Bürger und vielleicht auch Stadtverordnete gibt, die den Standpunkt vertreten: „Wir müssten sparsamer mit unserem Geld umgehen.“. Da Politik in einer Demokratie immer einen Kompromiss darstellt, ist das durchaus nachvollziehbar, ja sogar richtig.

Trotz entschiedenem Vorgehen gegen das strukturelle Defizit in den letzten 3 Jahren beträgt der Fehlbedarf über 11 Mio €

### Ausgaben



Gleichzeitig möchte ich aber auch betonen, dass wir in den vergangenen Jahren schon vieles auf den Prüfstand gestellt und versucht haben, Strukturen zu verändern, um so Kosten zu senken.

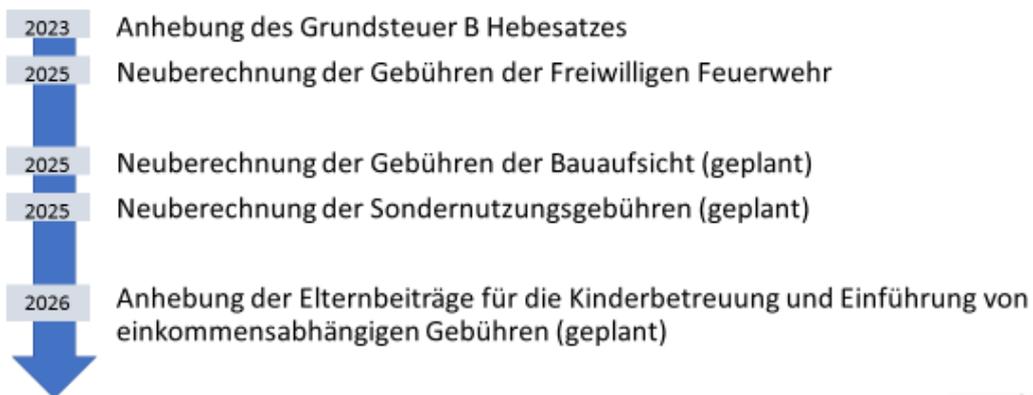
Beispiele für diese Maßnahmen sind:

- die Neuverhandlung des Mietvertrags der Stadtbücherei mit einer Reduzierung der Bürofläche in dem Gebäude,
- der Verzicht auf den Neubau der Kindertagesstätte Sankt Hedwig.
- Die Koalition hat im laufenden Jahr auch beschlossen, den Doppelradweg an der Frankfurter Landstraße nicht zu bauen. Wir haben im aktuellen Haushalt eine globale Minderausgabe eingeplant.
- Im Haushalt 2026 werden wir die globale Minderausgabe fortschreiben.
- Sie haben bereits Beschlüsse zur Gremienverkleinerung gefasst und heute stehen weitere Beschlüsse dazu auf der Tagesordnung.

- Im Stellenplan 2026 sind zwei Stellen weniger als im Haushalt 2025 vorgesehen.
- Nach der Sanierung des Alten Hospitals ist vorgesehen, dort zusätzliche Nutzungen unterzubringen und dadurch Mieten externer Räume einzusparen.

Auch auf der Einnahmeseite wurden Hebesätze und Gebühren überprüft und angepasst

### Einnahmen



Auch auf der Einnahmeseite haben wir in den letzten Jahren die Gebühren der Freiwilligen Feuerwehr neu berechnet und die Grundsteuer erhöht. Und für dieses Jahr ist auch noch vorgesehen, die Gebühren von der Bauaufsicht und die Sondernutzungsgebühren zu überprüfen.

Ab Anfang nächsten Jahres ist geplant, die Elternbeiträge für die Kinderbetreuung anzuheben und im Bereich der unter Dreijährigen diese einkommensabhängig zu erheben. Dass das keine schöne Nachricht ist, kann ich durchaus nachvollziehen – aber ein Anstieg der Betreuungskosten von 36 Prozent in 5 Jahren kann eine Kommune nicht alleine finanzieren. Uns sind an dieser Stelle die Hände gebunden, Kosten können nicht gesenkt werden, ohne Betreuungskapazitäten zu reduzieren. Wir möchten weiter ein bedarfsgerechtes Angebot bereitstellen, und deshalb müssen wir die Eltern stärker an den Kosten beteiligen.

Das sind, wie ich finde und sie mir sicherlich zustimmen, eine ganze Reihe an Maßnahmen, die auch verschiedene Lebensbereiche betreffen. Und trotzdem geht es uns finanziell nicht gut.

Um unsere Situation einordnen zu können, sollten wir einen Blick darauf werfen, wie es den anderen Kommunen geht. Ich hatte dies bereits in meiner Einleitung angerissen und von einem generellen Problem der Kommunen in Deutschland gesprochen.

Die Finanzlage der hessischen Städte insgesamt ist dramatisch. Auch in anderen Bundesländern ist die Lage nicht anders. Das wird auch aus der Pressemitteilung der kommunalen Spitzenverbände deutlich, aus der ich mit Erlaubnis des Vorsitzenden abschnittsweise zitiere:

*„Wir weisen seit Jahren darauf hin, dass die kommunalen Finanzen sich in einer strukturellen Schieflage befinden. Das ganze Ausmaß wird immer deutlicher sichtbar. Defizite in nie gekannter Höhe türmen sich auf, absehbar steigende Kassenkredite läuten eine Zins-Schulden-Spirale ein und die Investitionen schrumpfen zusammen. Die föderale Finanzarchitektur ist völlig aus dem Gleichgewicht geraten.“*

In den kommenden Jahren wird sich das Defizit nach der aktuellen Prognose der kommunalen Spitzenverbände nicht verringern, sondern im Gegenteil schrittweise auf mehr als 35 Milliarden Euro pro Jahr anwachsen. Damit gehen massive Liquiditätsprobleme einher, die Kassenkreditverschuldung wird explodieren und Investitionen in Kommunen und in den Ländern werden abstürzen. Die kommunalen Rücklagen sind vielerorts bereits vollständig aufgezehrt.

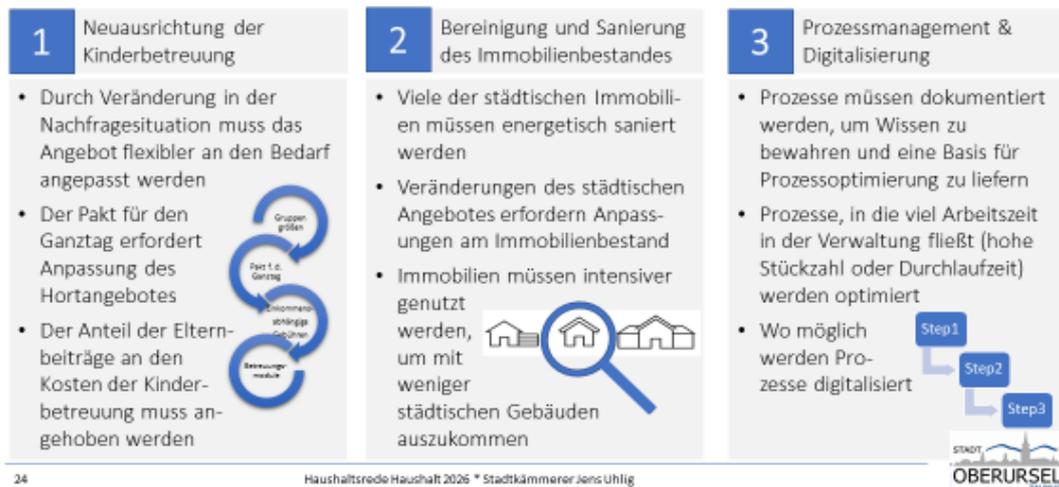
Und dann weiter unten im Text:

*„Wir erwarten, dass die Länder ihrer Aufgabe nachkommen, eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Städte, Landkreise und Gemeinden sicherzustellen und eine Nachsteuerung der kommunalen Finanzausgleiche vornehmen. Wir erwarten vom Bund, der als Gesetzgeber für einen Großteil der Belastungen der Kommunen federführend verantwortlich ist, dass er nun zügig seinen Lösungsbeitrag zur kommunalen Finanzkrise leistet. Dies bedeutet: Erstens und kurzfristig die kommunalen Einnahmen durch einen signifikant höheren Anteil an der Umsatzsteuer dauerhaft stärken. Bereits jetzt leisten die Kommunen deutlich mehr als ein Viertel der gesamtstaatlichen Ausgaben, erhalten aber nur ein Siebtel der Steuereinnahmen.“*

Der Kämmerer hat also Grund zum Jammern. Als meine Kinder noch kleiner waren, habe ich mir ein T-Shirt mit dem Aufdruck „Jammern hilft nicht“ gekauft. Das gilt auch für unsere finanzielle Situation.

Also, lassen Sie uns über Lösungsansätze sprechen:

Um die strukturellen Probleme im Oberurseler Haushalt zu lösen haben wir 3 Handlungsfelder definiert



Bereits in meiner letzten Haushaltsrede hatte ich die drei strategischen Handlungsfelder zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes vorgestellt. Diese sind

1. die Neuausrichtung der Kinderbetreuung
2. die Bereinigung in Sanierung des Immobilienbestandes
3. das Prozessmanagement und die Digitalisierung manchmal auch unter dem Begriff Organisationsuntersuchung subsumiert.

Zu 1. Die Neuausrichtung der Kinderbetreuung:

Bei der Kinderbetreuung stehen wir vor erheblichen Herausforderungen. Wir haben eine dynamische Nachfragesituation und das Angebot der Stadt muss hier so angepasst werden, dass es flexibel auf den Bedarf reagieren kann, ohne hohe Vorhaltekosten für nicht benötigte Kapazitäten zu produzieren. Außerdem erfordert der Pakt für den Ganzttag erhebliche Anpassungen im Bereich des Hortangebotes, was uns aber gleichzeitig die Chance eröffnet, unseren Immobilienbestand in diesem Bereich zu überprüfen und gegebenenfalls zu konsolidieren.

Der Anteil der Elternbeiträge muss angehoben werden, da wie bereits dargestellt, das Defizit in diesem Bereich kontinuierlich gewachsen ist.

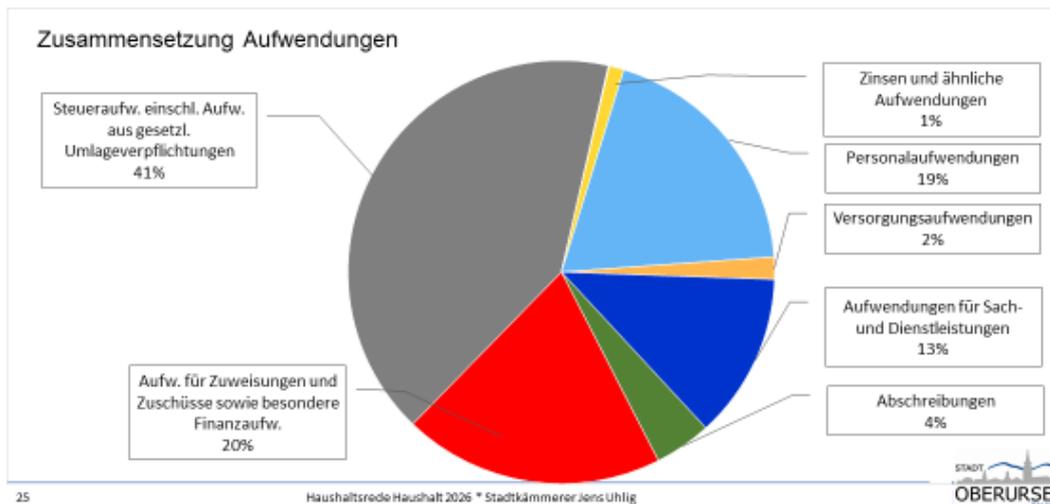
## Zu 2. Die Bereinigung und Sanierung unseres Immobilienbestandes:

Viele unserer städtischen Immobilien müssen energetisch saniert werden und die Veränderung der städtischen Angebote erfordert Anpassungen im Immobilienbestand. Wir müssen kritisch überprüfen, ob wir unsere Leistungen nicht auch mit weniger Immobilien bereitstellen können. Die Immobilien, die wir im Bestand halten, müssen intensiver genutzt werden, damit wir mittelfristig mit weniger städtischen Gebäuden auskommen.

## Zu 3. Prozessmanagement und die Digitalisierung:

Da die Verwaltung vor einem Generationswechsel steht und der Fachkräftemangel die Rekrutierung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zunehmend erschwert, ist es essenziell, unsere Prozesse zu dokumentieren. Einerseits, um das Wissen in der Verwaltung zu bewahren und andererseits, um eine Basis für Prozessoptimierung zu haben. Prozesse, die viel Arbeitszeit in der Verwaltung benötigen, müssen optimiert werden. Wo immer möglich müssen Prozesse digitalisiert werden, um wertvolle Arbeitszeit einzusparen.

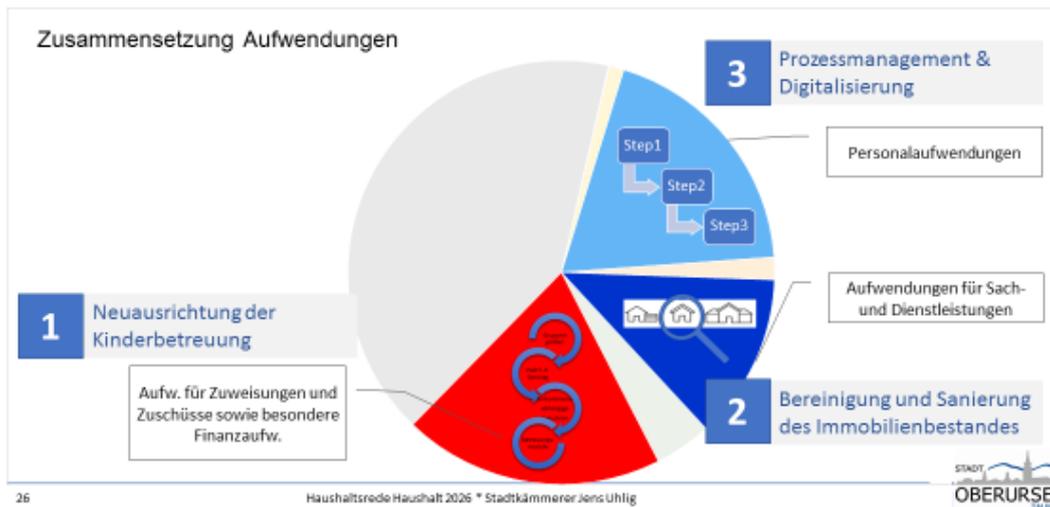
Die drei Handlungsfelder wirken direkt auf die 3 Aufwandsarten, die durch die Stadt beeinflusst werden können



Schon im letzten Jahr hatte ich Ihnen diese Grafik gezeigt und erläutert, dass die Stadt im Wesentlichen nur 3 Aufwandsarten beeinflussen kann:

- Die Personalaufwendungen,
- die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistung sowie
- Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse

Die drei Handlungsfelder wirken direkt auf die 3 Aufwandsarten, die durch die Stadt beeinflusst werden können



Die drei vorgestellten Initiativen wirken genau zielgerichtet auf diese drei Aufwandsarten.

Die Neuausrichtung der Kinderbetreuung wirkt auf die Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse.

Die Bereinigung und Sanierung des Immobilienbestandes wirkt auf die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, da die Mieten den größten Einzelposten bei den Sach- und Dienstleistungen darstellen.

Prozessmanagement und Digitalisierung wirkt auf die Personalaufwendungen.

Ich will Ihnen im Folgenden stichpunktartig skizzieren, wie wir an die drei Handlungsfelder herangehen und was wir schon auf den Weg gebracht haben.

Die Kinderbetreuung wird sich verändern, dies erfordert entschlossenes Handeln



Bei der Neuausrichtung der Kinderbetreuung prüfen wir eine vorübergehende Reduzierung der Gruppenanzahl oder Reduzierung von Gruppengrößen, aufgrund der sinkenden Geburtenzahlen.

Die Umstellung der Grundschulkinderbetreuung mit Fokus auf die Betreuung in der Schule - Stichwort „Pakt für den Ganztage“, wird zu einer deutlichen Reduzierung der Hortgruppen führen. Die Einführung einkommensabhängiger Gebühren im Bereich der Unter-Dreijährigen-Betreuung soll mit Beginn des neuen Kalenderjahres eingeführt werden.

Dies führt als Nebeneffekt auch zu mehr Gerechtigkeit bei den Betreuungsgebühren im Vergleich zur Tagespflege.

Mittelfristig ist geplant, die Betreuungsmodulen zu standardisieren mit dem Ziel, die Planbarkeit von Personalressourcen zu verbessern und die Korrelation der Elterngebühren zu den Kosten, die der Stadt entstehen, zu erhöhen.

## Stadt und BSO arbeiten gemeinsam kontinuierlich an der Bereinigung und Sanierung des Immobilienbestandes

2 Bereinigung und Sanierung des Immobilienbestandes			
2023	Neuverhandlung Vertrag Stadtbücherei	2025	Verkauf Schulstraße
2023	Verkauf Neutorallee	2026 /27	Sanierung Altes Hospital
2023	Energetische Sanierung Wohnhaus Wallstraße	2025 /26	Sanierung Hauptstr. 52
2023	Verlagerung Pfützenracker (Verkauf des Grundstücks geplant)	2026 /27	Haus Portstraße
2025 / 26	Energetische Sanierung Taunushalle		
2025 / 26	Energetische Sanierung Clubhaus Stierstädter Heide		
2026 / 27	Sanierung Historisches Rathaus		



28

Haushaltsrede Haushalt 2026 \* Stadtkämmerer Jens Uhlig

Auch bei der Bereinigung und Sanierung des Immobilienbestandes wurden in den letzten Jahren bereits Fortschritte gemacht. 2023 wurde ebenso das ehemalige Haus, das der Verein „Windrose“ in der Neutorallee genutzt hat, veräußert.

Im gleichen Jahr wurde die energetische Sanierung eines Wohnhauses des BSO in der Wallstraße abgeschlossen und die zwei Betreuungsgruppen der Kita Pfützenracker konnten in die Räume der Kinderbetreuungseinrichtung Schatzinsel umziehen.

In diesem Jahr wurde die energetische Sanierung der Taunushalle begonnen, ebenso wie die energetische Sanierung des Clubhauses des 1. FC 04 Oberursel auf der Stierstädter Heide.

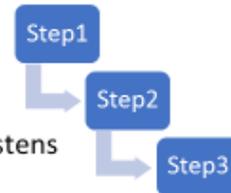
Auch der Verkauf des Wohnhauses in der Schulstraße soll noch dieses Jahr abgeschlossen werden. Im Jahr 2026 wird die Sanierung des alten Hospitals beginnen.

Last but not least: Die Sanierung des Wohnhauses in der Hauptstraße läuft bereits, ebenso wie die Sanierung des Haus Portstraße Jugend & Kultur, welches für unsere Kinder und Jugendlichen eine viel genutzte Anlaufstelle ist.

## Das begonnene Prozessmanagement Projekt und die Digitalisierungsinitiativen zeigen Wirkung in der Verwaltung

### 3 Prozessmanagement & Digitalisierung

- Die Stadtverordnetenversammlung hat 2022 eine Organisationsuntersuchung beschlossen, mit dem Ziel pro Jahr mindestens eine Stelle p.a. abzubauen.
- Im laufenden Jahr werden alle einschlägigen Prozesse in einem Prozessregister erfasst. Dieses enthält u.a. Informationen über Schnittstellen, Prozesshäufigkeit, Verwendung im Wissensmanagement, Digitalisierung und Kritikalität und dient zur Priorisierung des weiteren Vorgehens.
- Für erste Pilotprozesse wurde eine Optimierung durchgeführt und die Digitalisierung dieser Pilotprozesse soll bis zum Jahresende abgeschlossen sein.



Aber auch bei uns in der Verwaltung, finden Einsparungen statt:

Die Stadtverordnetenversammlung hatte 2022 beschlossen, dass der Magistrat pro Jahr eine Planstelle abbauen soll. Als Reaktion darauf wurde die Vorstudie zum Thema Prozessmanagement in 2023 durchgeführt. Darauf aufbauend wurde in diesem Jahr ein Projekt aufgesetzt.

Im laufenden Jahr werden alle Prozesse in einem Prozessregister erfasst sein. Dieses enthält unter anderem die Informationen über Durchlaufzeiten, Prozesshäufigkeit und Kritikalität. Daran kann dann abgelesen werden, wo eine Optimierung möglich und auch sinnvoll ist.

Die Fortführung des Prozessmanagement Projektes in den nächsten Jahren ist vorgesehen, ebenso wie die weitere Digitalisierung von Prozessen.

Die entsprechenden Mittel wurden für den Haushalt angemeldet.

## Um die Einnahmesituation mittelfristig zu verbessern werden die Strukturen in der Wirtschaftsförderung optimiert

Strategie für starken Wirtschaftsstandort – Ausrichtung auf Vermarktung regional und international (zweckgebundene Verwendung zum Ausbau der touristischen Infrastruktur zur Stärkung des Standorts)

- Stelle Koordination Akquise, Unternehmensansiedlung und Standortentwicklung besetzt – ganzer Fokus auf Ansiedlungsstrategie
- Intensive Betreuung bestehender Unternehmen bei Expansions- oder Veränderungswünschen
- Gewerbeflächenentwicklung – kurz und mittelfristig initiieren
  - kurzfristig: Hammergarten, Neumühle, Südliche Riedwiese – hier Vermarktung ab Ende 2026 / Anfang 2027
- mittelfristig: GE An den Drei Hasen und Erweiterung Gewerbegebiet westlich Weißkirchner Bahnhof – Strategie und Ansiedlungskonzept in Erarbeitung bis Ende 2025 (Vorschläge Clusterbildung, Durchmischung, Branchen)
- Zudem Flächenrecycling und –modernisierung, Weiterentwicklung im Bestand (z.B. Gewerbegebiet Süd, Thomas Cook)
- Strategische Ausrichtung in Region gestärkt durch Beitritt FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region: Ansiedlungsgesuche werden sofort an die Stadt Oberursel adressiert
- Tourismusbeitrag wird seit 01.07.2025 erhoben

Ein weiterer strategischer Hebel, um das strukturelle Defizit zu reduzieren ist, dass unsere Wirtschaftsförderung noch stärker auf die Neuansiedlung von Unternehmen ausgerichtet wird.

Dabei geht es natürlich auch darum, eine Strategie für die Vermarktung regional und international zu entwickeln. Ein Baustein dabei war auch der Beitritt der Stadt in die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region, um unsere Sichtbarkeit für internationale Ansiedlungen zu erhöhen.

Wir hoffen, dass auch der Freundschaftsvertrag mit dem Bezirk Nam-gu der koreanischen Großstadt Ulsan dazu beiträgt. Die Bürgermeisterin ist ja aktuell mit einer Delegation aus Oberursel in Ulsan zum ersten Besuch vor Ort.

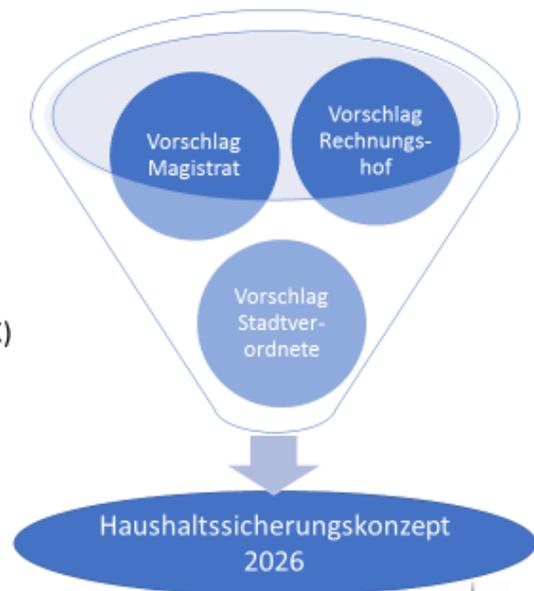
Die begonnenen Initiativen in den 3 Handlungsfeldern müssen konsequent weiter verfolgt werden...

... aber das allein wird nicht ausreichen, um in den nächsten 2-3 Jahren handlungsfähig zu bleiben.

Ein neues Haushaltssicherungskonzept (HSK) wird gerade erarbeitet. Der Magistrat wird nach den Herbstferien konkrete Vorschläge vorlegen.



**rechnungshof.** Vorschläge des  
**hessen.de** Rechnungshofes  
können nach der Präsentation ebenfalls in das HSK aufgenommen werden.



Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie sehen also, dass wir einen Plan haben, um den Haushalt langfristig wieder in die Balance zu bringen.

Uns ist aber sehr wohl bewusst, dass in der aktuell sehr angespannten Haushaltsituation und dem wirtschaftlich schwierigen Umfeld, weitere zusätzliche Maßnahmen erforderlich sein werden.

Irgendwo muss man aber anfangen, um zum Ziel zu kommen. Antje Runge, Andreas Bernhard und ich wollen und werden unserer Verantwortung für Oberursel gerecht werden. Darauf haben wir unseren Amtseid geleistet. Gemeinsam arbeiten wir so Vorschläge für ein Haushaltssicherungskonzept aus.

Sicherlich werden alle politischen Farben einige der Vorschläge als Zumutung empfinden. Wir drei stehen derzeit im permanenten engen Austausch und arbeiten dezernatsübergreifend zusammen, denn nur wenn jeder einen Beitrag leistet, kann dieser Kraftakt gelingen.

Vor uns liegt im Übrigen noch ein sehr wichtiger Termin:

Am 30. Oktober wird der Landesrechnungshof, den wir um eine ergebnisoffene, notfalls auch schonungslose Analyse unseres Haushalts gebeten haben, diese vorstellen. Dieses Vorgehen bietet die Chance, weitere Sparpotenziale für einen nachhaltigen Haushalt zu identifizieren.

Sicherlich werden auch aus den Fraktionen im Rahmen der Haushaltsberatung Vorschläge gemacht, die in unser Haushaltssicherungskonzept einfließen.

Gemeinsam, und davon bin ich überzeugt, werden wir Oberursel wieder in finanziell ruhigere Fahrwasser steuern können.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.